

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1891

7.11.1891 (No. 305)

Karlsruher Zeitung.

Samstag, 7. November.

Nr. 305.

Expedition: Karl-Friedrichs-Straße Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.
Borauszahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf.
Einrückungsgebühr: die gesaltene Pettizeit oder deren Raum 20 Pfennige. Briefe und Gelder frei.

1891.

Amtlicher Theil.

Durch Allerhöchste Kabinetts-Ordre vom 18. v. Mts. ist Folgendes bestimmt:

6. Bad. Infanterie-Regiment Kaiser Friedrich III. Nr. 114: Kameke, Vicefeldwebel, in Kontrolle des Landwehr-Bezirks Hamburg, zum Secondelieutenant der Reserve des Regiments befördert.

4. Badisches Infanterie-Regiment Prinz Wilhelm Nr. 112: Walter, Vicefeldwebel, in Kontrolle des Landwehr-Bezirks Frankfurt a. M., zum Secondelieutenant der Reserve des Regiments befördert.

Rheinisches Jäger-Bataillon Nr. 8:
v. Guionneau, Secondelieutenant, vom 1. November d. J. ab auf ein Jahr zur Dienstleistung bei dem 2. Rhein. Feld-Artillerie-Regiment Nr. 23 kommandirt.
Kohlermann, Portepeseführer vom Brandenburgischen Jäger-Bataillon Nr. 3, unter Beförderung zum Secondelieutenant in obiges Bataillon versetzt.

1. Badisches Leib-Dräger-Regiment Nr. 20:
Nüchling, Vicewachtmeister, in Kontrolle des Landwehr-Bezirks Sangerhausen, —
Müller, Vicewachtmeister, in Kontrolle des Landwehr-Bezirks Molsheim, — zu Secondelieutenants der Reserve des Regiments befördert.

Kurmärkisches Dräger-Regiment Nr. 14:
v. Marx, Vicewachtmeister, in Kontrolle des Landwehr-Bezirks Frankfurt a. M., zum Secondelieutenant der Reserve des Regiments befördert.

Badisches Fuß-Artillerie-Bataillon Nr. 14:
v. Guérard, Unteroffizier, —
Nichter, Charakterisirter Portepeseführer, — zu Portepeseführern befördert.

Badisches Pionier-Bataillon Nr. 14:
Dollmann, Secondelieutenant, in die 3. Ingenieur-Inspektion versetzt und der Fortifikation Neubreisach zugewiesen.

Landwehr-Bezirk Kolmar i. E.:
Merz, Premierlieutenant von den Pionieren 1. Aufgebots, zum Hauptmann befördert.

Durch Allerhöchste Kabinetts-Ordre vom 24. v. Mts. ist Folgendes bestimmt:

5. Badisches Infanterie-Regiment Nr. 113:
v. Bogelsang, Hauptmann und Kompagniechef, unter Stellung à la suite des Regiments, als Kompagnieführer, zur Unteroffizierschule Potsdam versetzt.
Ehrenberg, überzähliger Hauptmann, zum Kompagniechef ernannt.

Durch Allerhöchste Kabinetts-Ordre vom 24. v. Mts. ist Folgendes bestimmt:

Landwehr-Bezirk Karlsruhe:
Dr. Marold, Stabsarzt der Landwehr 1. Aufgebots, zum Oberstabsarzt 2. Klasse befördert.

Landwehr-Bezirk Lörrach:
Fischer, Assistenzarzt 1. Klasse der Landwehr 2. Aufgebots, der Abschied bewilligt.

Landwehr-Bezirk Gebweiler:
Zimmerlich, Assistenzarzt 2. Klasse der Reserve, zum Assistenzarzt 1. Klasse befördert.

Nichtamtlicher Theil.

Karlsruhe, den 6. November.

Die gestrige Versammlung radikaler französischer Abgeordneter, in welcher über die Wiederherstellung der „äußersten Linken“ verhandelt werden sollte, ist von etwa zwanzig Deputirten besucht gewesen. Es handelte sich bei der Versammlung nur um eine Vorbesprechung, während bestimmtere Schritte für die Neubildung der radikalen Oppositionsgruppe einer späteren größeren Versammlung vorbehalten bleiben sollen. Die Teilnehmer an der Besprechung kamen überein, in einigen Tagen eine neue Versammlung einzuberufen, zu welcher alle Deputirte eingeladen werden sollen, die in der Kammer in der Regel mit den Radikalen abstimmen. In dieser Versammlung sollen die endgültigen Beschlüsse gefasst werden. In der Deputirtenkammer überwiegt die Ansicht, daß der Versuch zur Neubildung der äußersten Linken mißlingen werde, was allerdings nicht unwahrscheinlich ist, da starke Meinungsverschiedenheiten zu überbrücken sein würden. Die Aktion der Radikalen dürfte sich vor der Hand darauf beschränken, daß eine Interpellation über die allgemeine Politik der Regierung eingebracht wird. Die Gefahr für die Regierung besteht auch nicht in einer formellen Neubildung der äußersten Linken, sondern in dem Umstande, daß die Radikalen

überhaupt wieder in eine kriegerische Stimmung gekommen und bereit sind, sich gegebenen Falls mit der Rechten gegen das Kabinet zu verbünden.

Heute findet in Cork, dem Wahlkreise des verstorbenen irischen Parteiführers Parnell, die Ersatzwahl zum Unterhaufe statt; das Ergebnis der Wahl wird aber nicht vor Samstag Nachmittag bekannt werden. Im Gegenseize zu dem Wahlkreise Kilkenny, wo die Ersatzwahl am 2. November vorgenommen wurde, ist Cork keineswegs ein sicheres Besitztum der Parnelliten und die Antiparnelliten haben es auch nicht an Anstrengungen fehlen lassen, diesen Wahlkreis der Gegenpartei zu entreißen. Wie heiß es bei der Agitation in Cork hergegangen ist, weiß man; die Wahlbewegung wurde durch eine Reihe blutiger Schlägereien bezeichnet und wiederholt mußte die Polizei militärische Hilfe in Anspruch nehmen, um die Ruhe auf den Straßen wiederherzustellen. Die Freunde des verstorbenen Parnell spielen in Cork um einen hohen Einsatz. Sie haben ihren neuen Führer John Redmond dort als Kandidaten aufgestellt, indem sie hoffen, daß das Bewußtsein, für die führende Persönlichkeit der Partei einzutreten, die parnellitische Wählerschaft zu der eifrigsten Theilnahme an der Abstimmung anspornen werde; aber es war ein gewagtes Vorgehen, das noch keineswegs große Hoffnungen auf einen Erfolg auf eine so gefährliche Probe zu stellen. Denn wenn der jugendliche John Redmond dem ehrlichen Butterhändler Flavin gegenüber, den die Antiparnelliten als ihren Kandidaten aufstellten, unterliegen sollte, so wäre das ein herber Schlag sowohl für John Redmond persönlich wie nicht minder für die ganze parnellitische Partei. Außer den beiden irischen Kandidaten ist in Cork übrigens auch ein regierungsfreundlicher Bewerber aufgestellt, der Kapitän Sarsfield von Donoghue, doch dürfte derselbe kaum ernstlich in Betracht kommen.

Eine den brasilianischen Gesandtschaften zugegangene Depesche aus Rio de Janeiro bestätigt die Auflösung des Kongresses und fügt hinzu, der Präsident der Republik werde die Nation berufen, an einem noch festzusetzenden Tage neue Vertreter zu wählen. Die Dauer des Belagerungszustandes für Rio de Janeiro ist auf zwei Monate bemessen. Präsident Fonseca begründet diese Maßregel mit der feindlichen Haltung der bisherigen Kongressmehrheit und den Versuchen einiger Parteigänger des Kaiserthums, die Monarchie wieder herzustellen. Es ist allerdings nicht unwahrscheinlich, daß die Erfahrungen, die man bis jetzt in Brasilien unter dem republikanischen Regiment gemacht hat, Vielen den Wunsch nach der Rückkehr zu der monarchischen Staatsform nahe gelegt haben; auch ist es natürlich, daß das monarchische Prinzip noch vor früher her zahlreiche Anhänger in Brasilien besitzt. Indessen scheint die Unzufriedenheit, die in Brasilien besteht und die bekanntlich auch schon in Straßentumulten zum Ausdruck gekommen ist, im Allgemeinen nicht auf monarchischen Bestrebungen zu beruhen, sondern sich gegen die in Fonseca verkörperte Herrschaft der Militärpartei zu richten. Der Marschall Deodoro da Fonseca ist eine wenig veröhnliche, eigenwillige Natur und er stützt sich offenbar darauf, daß er es eigentlich gewesen ist, der den Umsturz der Monarchie und die Bildung einer Republik in Brasilien herbeigeführt hat. Es wird sich nun bei den Neuwahlen zeigen, ob die große Mehrheit des brasilianischen Volkes geneigt ist, dem Präsidenten unbedingt Heeresfolge zu leisten, denn darüber besteht nach dem Vorausgegangenen ja kein Zweifel, daß es sich bei den Neuwahlen um ein persönliches Vertrauensvotum für den Präsidenten Fonseca handelt. Neue Ruhestörungen anlässlich der Auflösung des Kongresses stehen wohl nicht zu befürchten, wenn die Versicherung der Regierung zutrifft, daß Armee und Marine trenn zu ihr halten. Die Regierung läßt übrigens erklären, daß sie die Verfassung und die internationalen Verpflichtungen Brasiliens respektiren werde.

Deutschland.

* Berlin, 5. Nov. Am heutigen Vormittage unternahm Seine Majestät der Kaiser einen Spazierritt in die Umgegend von Potsdam und arbeitete alsdann mit dem Kriegsminister sowie mit dem Chef des Militärkabinetts.

Der Generalleutnant Albert Prinz zu Sachsen-Altenburg, Kommandeur der 3. Garde-Kavalleriebrigade, ist auf seinen Wunsch zu den Offizieren à la suite der Armee versetzt worden. An seiner Stelle ist der bisherige Kommandeur des 1. Garde-Drägerregiments, Königin von Großbritannien und Irland, Oberst v. Kogge, zum Kommandeur der 3. Garde-Kavalleriebrigade ernannt. An Stelle des Letzteren ist der Major von dem Knebeck, bisher etatsmäßiger Stabsoffizier

im Schleswig-Holsteinischen Manerregiment Nr. 15, mit der Führung des 1. Garde-Drägerregiments beauftragt und gleichzeitig à la suite desselben gestellt worden.

Der Bundesrath ertheilte in seiner heutigen Plenarsitzung dem Gesetzentwurf betreffend die Vereinshalter österreichischer Gebräuge seine Zustimmung.

Die zum Uebungsgeschwader gehörenden Schiffe „Friedrich Karl“ (Flaggschiff), „Friedrich der Große“ und „Kronprinz“ (Geschwaderchef: Contreadmiral Köster) sind gestern in Christiania eingetroffen, wo die Schiffe „Deutschland“ und „Falk“ bereits am 1. November angekommen waren. Das gesammte, aus den genannten fünf Schiffen bestehende Uebungsgeschwader wird am 12. November von Christiania nach Kiel zurückkehren.

Auf der Tagesordnung der ersten Sitzung des Reichstags stehen, außer der ersten Beratung des Gesetzentwurfs über die Bestrafung des Sklavenhandels, vier schriftliche und drei mündliche Berichte der Petitionskommission. Von diesen Berichten betreffen die schriftlichen die Ausdehnung des Kranken- und des Unfallversicherungsgesetzes auf die Insassen der Gefangenen-, Besserungs- u. Anstalten, die Revision des Wüchergesetzes vom 24. Mai 1880, die Privatarbeiten der Militärbüchsenmacher und den Handel der letzteren mit Waffen und Munition, sowie die Beeinflussung der Gastwirthe in Bezug auf Versammlungen durch Amtsvorsteher und Landräthe. Die mündlichen Petitionsberichte betreffen die Einführung eines Zolles auf mit Salz bestreute grüne Heringe und die kommunale Besteuerung des Weins, die Verleihung der Rechte der juristischen Person an Zinnungsausschüsse, sowie die Abänderung der Unfallversicherungsgesetze. Für die dann folgenden Tagesordnungen ist u. a. als Material in Aussicht genommen: der Kommissionsbericht über den Gesetzentwurf betreffend die Abänderung des Gesetzes über Krankenversicherung der Arbeiter vom 15. Juni 1883 und der Kommissionsbericht betreffend den Gesetzentwurf über das Telegraphenwesen des Deutschen Reichs. Außerdem wird demnächst als Vorlage erwartet: der Gesetzentwurf betreffend die Feststellung des Reichshaushaltsstats für das Etatsjahr 1892/93 nebst den dazu gehörigen Anlagen.

Die „Kölnische Zeitung“ bezeichnet heute selbst ihre Nachricht, daß in dem neuen deutsch-italienischen Handelsvertrage der Weinzoll von 24 auf 15 Mark herabgesetzt sei, als unbegründet. Wir haben schon gestern darauf hingewiesen, daß Zuverlässiges über Einzelheiten der deutsch-italienischen Vereinbarungen gegenwärtig noch nicht bekannt werden dürfte.

Die Abtheilung des Reichsversicherungsamtes für Invaliditäts- und Altersversicherung hat bereits einen eigenen Dirigenten. Dem Vernehmen nach wird es nun beabsichtigt, demnächst auch für die Unfallversicherungsabtheilung eine solche Dirigentenstelle zu schaffen. Daß sich auch die Nothwendigkeit ergeben hat, die Stellenzahl für die ständigen Mitglieder des Amtes zu erhöhen, kann bei der stetigen Zunahme der Arbeiten nicht Wunder nehmen.

An der hiesigen Börse wurden heute Gerüchte umhergetragen, daß infolge des aufsehenerregenden Zusammenbruchs der alten Firma Hirschfeld und Wolff gesetzgeberische Maßnahmen gegen Mißbräuche im Bankgeschäft bevorstünden. An einer Bestätigung dieses Gerüchtes fehlt es bis jetzt.

Der bereits erwähnte Ulas des Kaisers von Rußland über die weitere Ausdehnung des Ausfuhrverbots hat nach der Uebersetzung der „St. Pet. Btg.“ folgenden Wortlaut:

„Nach Klarstellung der Roggenerte im Juli d. J. verboten wir durch Unseren Erlaß an den Dirigirenden Senat vom 28. Juli c. die Ausfuhr von Roggen, Roggenmehl und Kleie jeglicher Art über die Grenzen des Reichs. Gegenwärtig haben wir für wohl befunden: 1. Das Verbot der Ausfuhr von Roggen, Roggenmehl und Kleie jeglicher Art in Kraft belassend, dieses Verbot außer auf Weizen, auf sämtliche Arten Getreide und Kartoffeln, sowie auf die aus den zur Ausfuhr verbotenen Getreidearten und Kartoffeln erzeugten Mehl-, Malz- und Gräkeprodukte, sowie Brodtteig und gebakenes Brod auszudehnen. 2. Dieses Verbot vom darauffolgenden Tage nach der Veröffentlichung dieses Unseres Erlasses in der Gesetzsammlung in Kraft treten zu lassen, wobei es dem Finanzminister anheimgestellt ist, die betreffenden Zollinstitutionen von dem Inhalt dieses Erlasses zur sofortigen Nachachtung telegraphisch zu benachrichtigen. 3. Als Ausnahme bei dem gegenwärtigen Verbot, nicht länger als im Laufe dreier Tage nach dem Inkrafttreten desselben, die Ausfuhr der gegenwärtig zum Export in's Ausland verbotenen Getreidewaaren zu gestatten: a. wenn sie zur Vervollständigung der Ladung der Schiffe bestimmt sind, die vor der Veröffentlichung dieses Erlasses in der Gesetzsammlung begonnen worden, oder b. wenn sie vor diesem Termin zum Transport per Eisenbahn über die Landgrenzstationen in's Ausland abgefertigt

worben. 4. Dem Finanzminister anheimzufallen, alle bei der Ausführung dieses Gesetzes im Finanzministerium möglicherweise auftauchenden Zweifel endgültig zu entscheiden. Der dirigierende Senat wird nicht unterlassen, zur Ausführung dieses Gesetzes die nöthigen Anordnungen zu treffen. Friedensborg in Dänemark, den 16. Oktober 1891. Alexander."

— Heute nahm die Berliner Stadtverordnetenversammlung die Wahl des zweiten Bürgermeisters an Stelle des in den Ruhestand übergetretenen Geheimraths Dunder vor. Mit 96 von 103 Stimmen wurde der Stadtsyndikus Zelle, Mitglied des preussischen Abgeordnetenhauses, gewählt. Herr Zelle (geboren am 19. September 1829) gehört der freisinnigen Partei an; er hat sich aber auch bei denjenigen, die politisch mit ihm nicht übereinstimmen, durch sein verständliches Wesen Achtung erworben. Daß die Stadt Berlin über ein so tüchtiges Heer von Subalternen Beamten verfügt, ist wesentlich Zelle's Verdienst, der unermüdblich thätig gewesen ist, durch Vorträge die jüngeren Bureaubeamten heranzubilden.

— Seine Majestät der Kaiser hat das preussische Kultusministerium ermächtigt, dem Centralausschuß zur Förderung der Jugend- und Volksspiele in Deutschland eine einmalige Staatsbeihilfe von 3000 Mark zu gewähren.

Frankfurt, 5. Nov. Zur Feier des 25jährigen Bestehens des 1. Hessischen Infanterieregiments Nr. 81 fand heute Vormittag auf dem Kasernenhofe eine Parade statt, an welcher außer vielen ehemaligen Offizieren des Regiments die Spitzen der Militär- und Civilbehörden, unter ihnen der Stadtkommandant Generalleutnant v. Stillpnagel, der Oberbürgermeister Abtkeis und der Polizeipräsident Frhr. v. Mülling teilnahmen. Der Chef des Regiments, Seine königliche Hoheit der Großherzog von Hessen, war persönlich zur Feier erschienen. Der Regimentskommandeur Oberst v. Sydow gab in seiner Ansprache eine Darstellung der Geschichte des Regiments und brachte das Hoch auf den Kaiser sowie auf den Großherzog von Hessen aus. Am Nachmittag vereinigte sich das Offiziercorps zu einem Festmahl. Für die Mannschaften fand Abends eine Festeier statt.

Stuttgart, 5. Nov. Heute wurde der Landtag geschlossen. In der Kammer der Standesherren gab der Präsident Fürst v. Waldburg-Zeil-Trauchburg einen Rückblick auf die nun zu Ende gegangene erste 3jährige Periode dieses Landtags, in der das Haus 44 Sitzungen (neben 7 gemeinschaftlichen mit dem anderen Hause) gehalten hat. Verathen wurden 18 Gesetze, darunter 2 Finanzgesetze und Hauptfinanzetats, 3 Gesetze betreffend die Beschaffung von Geldmitteln für den Eisenbahnbau, 1 Gesetz betr. die Alters- und Invaliditätsversicherung, das Gesetz über die Verwaltung der Gemeinden, Stiftungen und Körperschaften, das Gesetz betr. die Ortschulbehörden etc. In der Kammer der Abgeordneten gab der Präsident v. Hohl gleichfalls einen Rückblick auf die parlamentarischen Arbeiten, indem er hervorhob, das Haus könne mit dem Bewußtsein treuer Pflichterfüllung auf seine Arbeiten zurückblicken. In einer gemeinsamen Sitzung beider Häuser verlas der Präsident des Staatsministeriums, Frhr. v. Mittnacht, das königliche Reskript, welches den Landtag schließt. Mit einem Hoch auf Seine Majestät den König trennte sich die Ständerversammlung. In der Schlussrede des Präsidenten des Staatsministeriums wird folgendes Resümé der Landtagsarbeiten gegeben:

„Mit Befriedigung dürfen Sie auf das Ergebnis Ihrer Arbeiten in der abgelaufenen Periode zurückblicken. Bei der Feststellung der Voranschläge für den Staatshaushalt der Jahre 1889 bis 1893, welche vor Allem Ihre Thätigkeit in Anspruch nahm, war es — dank der gütigen Finanzlage — ermöglicht, neben voller Berücksichtigung der Bedürfnisse des laufenden Dienstes die direkten Steuern zu ermäßigen und den Civilstaatsdienern, den Geistlichen und Lehrern, insbesondere den Volksschullehrern, die dringend gebotene Besserung ihrer ökonomischen Lage zu gewähren. Durch die Bewilligung namhafter Beiträge zu den Kosten der Unterhaltung der Körperschaftsstraßen und der Landarmenverbände, durch die Bereitstellung vermehrter Mittel für Beiträge an Gemeinden zu den Gehältern ihrer Schulstellen, sowie zu Kirchen-, Schul- und Pfarrhausbauten haben Sie zu der wünschenswerthen finanziellen Entlastung der Gemeinden und Amtskörperschaften eine ersprießliche Mitwirkung geleistet. Reiche Verwendungen sind von Ihnen bewilligt für Zwecke der Justiz, der Kirchen und Schulen, zur Förderung gemeinnütziger Anstalten, zur Hebung der Landwirtschaft, zur Pflege von Handel und Gewerbe, von Kunst und Wissenschaft. Dem Gebiete der Verkehrsanstalten ist Ihre umfassende Fürsorge gewidmet gewesen. Die weitere Entwicklung des Eisenbahnnetzes mittelst Herstellung von Bahnen vorwiegend lokaler Bedeutung hat einen erfreulichen Fortgang genommen. Zugleich haben Sie für Erweiterungen und Verbesserungen an den im Betriebe befindlichen Bahnen, sowie für die Vermehrung und Verbesserung des Fahrmaterials erhebliche Beträge zur Verfügung gestellt und durch die Genehmigung vorbereitender Schritte zum Bau für Familienwohnungen für Unterbedienstete der Verkehrsanstalten in Stuttgart einer Ausdehnung der bestehenden Wohlfahrtsanstalten erwünschten Vorschub geleistet. Unter den Gesetzgebungsarbeiten dieser Periode nimmt das Gesetz über die Verwaltung der Gemeinden, Stiftungen und Amtskörperschaften die erste Stelle ein. Durch dasselbe hat die seit einer Reihe von Jahren schwebende Frage einer Reform auf dem Gebiete der Gemeinde- und Amtskörperschaftsverwaltung vornehmlich in Absicht auf die Weiterentwicklung des Grundgesetzes der Selbstverwaltung ihre Lösung gefunden unter gleichzeitiger Berücksichtigung der besonderen Bedürfnisse der größeren Städte. Im Zusammenhang hiermit ist durch das Gesetz über die Ortschulbehörden die zufolge des Befalls der Kirchenkonvente nothwendig gewordene Neubildung der Organe der örtlichen Schulaufsicht herbeigeführt. Die Einrichtung größerer Landarmenverbände und die hierdurch ermöglichte bessere Ausgleichung der Landarmenlasten erscheint geeignet, den in Beziehung auf das öffentliche Armenwesen hervorgetretenen Miskständen innerhalb des Rahmens der Landesgesetzgebung wirksam zu begegnen. Der Steuergesetz-

gebung ist in mehrfachen Beziehungen eine Ergänzung und Verbesserung zutheil geworden. Die Strafbestimmungen des Einkommensteuergesetzes sind in einer dem hervorgetretenen Bedürfnisse entsprechenden Weise der Reichsreformordnung angepaßt. Weiter sind zu erwähnen das Gesetz über die Kommunalbesteuerung des Hausirgewerbebetriebs und das Gesetz über die Erhebung eines Zuschlags zur Hundesteuer durch die Gemeinden. Das Ausführungsgesetz zu dem Reichsgesetz über die Invaliditäts- und Altersversicherung hat durch Schaffung einer besonderen Ortsbehörde für die Arbeiterversicherung die Durchführung dieser Gesetzgebung wesentlich erleichtert. Auch in dem Gesetz über die Fürsorge für Beamte infolge von Betriebsunfällen und dem Gesetz über die Umlegung der Beiträge zu den landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften ist ein weiterer Fortschritt auf dem sozialpolitischen Gebiete begründet. So ist unter Ihrer unermüdeten Mitwirkung eine Reihe wichtiger und bedeutungsvoller gesetzgeberischer Aufgaben gelöst. Für Alles, was von Ihnen geleistet worden, habe ich Ihnen den warmen Dank Seiner Majestät des Königs auszudrücken."

Strasbourg, 5. Nov. Wie bereits bekannt worden ist, haben sich die Ereignisse in dem 5 Kilometer von der deutschen Grenze liegenden Orte Busfang bei dem Feste der Einweihung der französischen Bahnlinie St. Maurice-Bussang (die Linie Epinal-St. Maurice bestand schon längere Zeit und das neu eingeweihte Stück ist eine Fortsetzung derselben), das sich bekanntlich zu ausgesprochen deutsch-feindlichen Kundgebungen, zu einer Art Revanchefest aufspitzte, genau so zugetragen, wie sie im Pariser „Tempo" und nach demselben in der deutschen Presse geschildert wurden. Die Revanchereden Ferry's wurden von allen Teilnehmern mit Enthusiasmus begrüßt u. s. w. Unter diesen Teilnehmern befanden sich auch zwei im Oberelsaß ansässige Fabrikanten, Dreyer und Gros in Wesseling. Dies auffallende Verhalten von zwei oberelsässischen Großindustriellen derjenigen Sorte, die ohnehin schon reichlich auf dem national-politischen Kerbholz stehen haben, veranlaßte die elsäß-lothringische Regierung, Ermittlungen anzustellen über die Theilnahme der Elsässer an dem Revancherummel in Busfang. Diefelben waren bereits am 2. d. M. zum endgültigen Abschluß gelangt mit der Entschliebung der Regierung, den Fabrikanten Eduard Gros, vom Hanse Gros, Roman & Cie. in Wesseling, der die schweizerische Staatsangehörigkeit besitzt, auf Grund des Gesetzes vom 3. Dezember 1879 aus Elsaß-Lothringen auszuweisen und dem Fabrikanten Dreyer gegenüber, der die deutsche Staatsangehörigkeit hat, sich darauf zu beschränken, ihn von dem Amte eines Ersten Ergänzungsrichters beim Amtsgericht St. Amarin zu entfernen. Die Abhebung des Letzteren geschah, wie wir auch bereits gestern mittheilen konnten, sofort, während die Ausweisung des Gros thatsächlich erst heute Vormittag erfolgen konnte, da derselbe nach Paris verreist und erst gestern Abend nach Wesseling zurückgekehrt war. Dies thatkräftige Vorgehen unserer Regierung wird gewiß überall in Deutschland umfomehr als gerechte Sühne für das friedensgefährliche Benehmen dieser elsässischen Französlinge empfunden werden, als die öffentliche Meinung eine scharfe Ahndung dieses Verhaltens erwarten durfte, das so wenig im Einklang stand mit den seit Aufhebung des Paßzwangs wiederholt gegebenen Versicherungen der einheimischen Bevölkerung, das in sie gesetzte Vertrauen rechtfertigen zu wollen.

Wie wir weiter hören, hat der Bürgermeister von Wesseling, Huch, der ein Angestellter der Firma E. Gros, Roman & Cie. ist, demissionirt und man darf annehmen, daß an die Spitze dieser Gemeinde ein Berufsbürgermeister gestellt werden wird. Auch hat es sich als nothwendig herausgestellt, einen Polizeikommissar nach St. Amarin zu schicken, um ein Augenmerk auf das über das Maß gehende Treiben der Französlinge im St. Amariner Thal zu haben.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 5. Nov. Ueber den Gesundheitszustand der Erzherzogin Margaretha Sophia schreibt das „Fremdenblatt": „Die in dem Befinden der Erzherzogin eingetretene wesentliche Besserung hielt erfreulicherweise an. Gestern war der 21. Tag seit der Erkrankung der Erzherzogin verfloßen. Dieser Tag war sonach der Tag der Krisis; nachdem er glücklich verlaufen, ist die beste Hoffnung vorhanden, daß die Krankheit nunmehr den normalen Verlauf nehmen und die Erzherzogin bald wieder vollkommen genesen sein werde."

Frankreich.

Paris, 5. Nov. Die Budgetberathung in der Deputirtenkammer nimmt bis jetzt einen ziemlich ruhigen und verhältnißmäßig raschen Verlauf. Man gründet darauf die Erwartung, daß die Kammer das Budget bis zum Anfang des nächsten Monats erledigen kann. Dann bleibt noch einige Zeit zur Verathung verschiedener Gesetzentwürfe übrig, ehe der Posttarif vom Senate an die Kammer zurückgelangt. Die Beschlüsse des Senats hinsichtlich des Posttarifs weichen bekanntlich von den Beschlüssen der Kammer in vielen Punkten ab und die Kammer wird sich mit diesen Punkten nochmals zu beschäftigen haben.

Großbritannien.

London, 5. Nov. Ueber den thätlichen Angriff M'Dermotts auf den antiparnellischen Abgeordneten Healy berichtet die Dubliner Blätter Näheres. Der Schauplatz der Scene war das Dubliner Gerichtsgebäude, die sog. Four Courts. Der anti-parnellische Abgeordnete Timothy Healy, übrigens ein Mann, der seine Junge niemals zügeln kann, ging in Talar und Perücke den Gang, welcher nach dem Kaffeesaal hinführt, entlang, als der Nefte Barnells, der Advokat M'Dermott, ihn bei der Mantel hervorgezogenen Keitpeitsche bearbeitete. Healy, ein nervöser, schwächlicher Mensch, setzte sich nicht zur

Wehre, und als ein herzejuehender Polizist M'Dermott verhaften wollte, rief Healy dem Polizisten zu, M'Dermott nicht zu verhaften, da er betrunken sei. Letzterer entgegnete, Healy wisse sehr wohl, daß das nicht der Fall sei, und übergab seine Visitenkarte dem Schutzmann. Es heißt, daß M'Dermott Rache nehmen wollte, weil Healy sich neulich in Longford über Frau Barnell in ungezogener Weise geäußert hatte. Das war allerdings von Healy um so unpassender, als Frau Barnell gegenwärtig schwer krank darniederliegt. Die Neuzierung Healy's und die Art, wie M'Dermott für dieselbe Rache nahm, kennzeichnen die Stimmung zwischen den beiden irischen Parteien. Damit der Sache der Humor nicht fehle, wird berichtet, daß die Damen in Longford eine Subskription eröffnet haben, um dem Nefen Barnells, M'Dermott, eine Ehrenpeitsche zu widmen. Das müssen recht energische Damen sein.

Amerika.

New-York, 5. Nov. Ueber den Anschlag gegen das Leben des chilenischen Generals Canto, des Befehlshabers der chilenischen Landtruppen, bringen Depeschen des „New-York Herald" aus Valparaiso nähere Enthüllungen. Es handelt sich um eine Verschwörung, deren Führer ein gewisser Juan Macenna ist, während die Theilnehmer an dem Komplote frühere Offiziere Balmaceda's sein sollen. Die Verschwörer waren übereingekommen, durch das Loos zu entscheiden, wer den Mord vollbringen solle, und das Loos fiel auf den Obersten Gandarillas. Der Letztere wurde verhaftet, Macenna hat sich dagegen in den Schutz der amerikanischen Gesandtschaft geflüchtet. Der Gewährsmann des „New-York Herald" berichtet, in das Komplott seien hervorragende Persönlichkeiten verwickelt und es sei Alles vorbereitet gewesen, mit den Anhängern Balmaceda's in Buenos Ayres (dorthin hätten sie sich nach der Niederlage Balmaceda's geflüchtet) in Verbindung zu treten. Der amerikanische Gesandte Egan stellt jede Verbindung mit Macenna in Abrede; es ist ja auch nicht anzunehmen, daß der offizielle Vertreter der Vereinigten Staaten Kenntniß von der Verschwörung gehabt habe.

Großherzogthum Baden.

Karlsruhe, den 6. November.

Der Geburtstag Ihrer königlichen Hoheit der Erbprinzessin wurde gestern im engen Familienkreise begangen. Seine Großherzogliche Hoheit der Prinz Karl mit Gemahlin, der Frau Gräfin Rhena, sowie der Graf Rhena trafen gegen 1 Uhr in Baden-Baden ein, nahmen an der Familientafel theil und kehrten Nachmittags 4 Uhr nach Karlsruhe zurück. Auch Ihre Durchlauchten der Fürst und die Prinzessin Amélie zu Fürstberg nahmen an der Tafel theil.

Heute Nachmittags 4 Uhr verließ Ihre königliche Hoheit die Kronprinzessin von Schweden und Norwegen Schloß Baden und trat die Reise nach Egypten an. Zunächst reist die Kronprinzessin ohne Aufenthalt bis Senna und beabsichtigt, dort sich am 9. auf dem Lloyd-Dampfer „Kaiser Wilhelm" einzuschiffen. Die Fahrt nach Port Said soll in fünf Tagen zurückgelegt werden, ohne daß unterwegs gelandet wird. Ihre königliche Hoheit ist begleitet von der Baronin Hlströmer, der Hofdame von Cederström, dem Kammerherrn Grafen Cronstedt und dem Arzt Dr. Lundberg.

Seine königliche Hoheit der Großherzog von Luxemburg reist heute Abend nach Schloß Hohenzollern zurück. Morgen Früh 1/9 Uhr trifft Seine königliche Hoheit der Großherzog in Karlsruhe ein und wird bis Nachmittags daselbst verweilen.

* (Der im Oktober d. J. stattgehabten Staatsprüfung für den höheren Finanzdienst) haben sich 15 Kandidaten unterzogen; hiervon sind die folgenden 8 unter die Zahl der Finanzpraktikanten aufgenommen worden:

Wilhelm Daub von Kenzingen,
Adolf Pokopp von Wertheim,
Karl Häusle von Donaueschingen,
Hermann Kempff von Rodolszell,
Otto Flum von Buchen,
Albert Dammert von Freiburg,
Ludwig Domegger von Donaueschingen,
Eugen Rothmund von Konstanz.

* (Der „Staatsanzeiger" für das Großherzogthum Baden) Nr. 34 vom heutigen Tage enthält unmittelbare Allerhöchste Entschliebung Seine königlichen Hoheit des Großherzogs, die in der „Karlsruh. Zeita." arbeitsheils bereits mitgeteilt sind. Das Justizministerium gibt von zwei Gesuchen um die Aenderung von Familiennamen Kenntniß. Ferner macht dasselbe Ministerium bekannt, daß die Wahl des Vvarers Einwächter zum Delan der evangelischen Diözesan Synode Redarbischofsheim die Bestätigung des Oberkirchenraths erhalten und ferner, daß Dr. Leopold Schlegelinger als Rechtsanwalt beim Landgericht Offenburg zugelassen worden ist. Nach einer vom Ministerium des Innern ausgehenden Bekanntmachung ist an Stelle des in den Ruhestand getretenen Regierungsraths Dr. Pfaff der Regierungsrath Wiener zum Vorstehen und an Stelle des zum Ministerialrath ernannten Oberamtmanns Braun der Amtman Hermann in Karlsruhe zum stellvertretenden Vorstehen des Schiedsgerichts für die badische landwirthschaftliche Berufsgenossenschaft ernannt worden. Dasselbe Ministerium veröffentlicht die derzeitige Zusammenfassung der Kreisaußschüsse.

* (Großherzogliches Hoftheater.) Die Thätigkeit der Oper ist für nächste Woche vollauf durch die Vorführung von Wagners „Der Ring des Nibelungen" in Anspruch genommen. Das Schauspiel bereitet für Dienstag, den 10., zur Feier von Schillers Geburtstag, eine Neueinführung von „Maria Stuart" vor. Das Stück ist neu inscenerirt und zum größten Theil neu besetzt. Am Freitag, den 13. wird Frau Auguste Frasch, wie bereits angekündigt, ein einmaliges Gastspiel in Jofens „Nora" geben. Die Künstlerin, welche die Rolle der Nora schon auf verschiedenen Gastspielreisen mit großem Erfolge gespielt hat, soll

